

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Einführung	1
I. Problemstellung	1
II. Vorgehensweise	3
III. Abgrenzung der Arbeit	4
1. Rechtsformen	4
2. Unternehmensverträge	5
3. Konzernspezifische Konstellationen	5
4. Inland – Ausland	6
 B. Die Minderheitenproblematik im Konzern	 7
I. Die reguläre Ordnung von Kapitalgesellschaften und Konzernbeziehungen	8
1. Der Gleichbehandlungsgrundsatz und die Vermögensbindung als die wesentlichen Elemente der regulären Ordnung von Kapitalgesellschaften	8
a) Der Gleichbehandlungsgrundsatz	8
b) Die Vermögensbindung als Pendant zur Haftungsbeschränkung	9
(1.) Die Ebene der Kapitalaufbringung	10
(2.) Die Ebene der Rückgewähr von Einlagen	11
(3.) Die Ebene der Gewinnbeteiligung	13
2. Funktionseinbußen	18
a) Verantwortliche Faktoren: Mehrheitseinfluß auf die Gesellschaft bei gleichzeitiger Unternehmereigenschaft der Eignermehrheit	18
b) Charakter der Funktionseinbußen	20
3. Die grundsätzliche Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung	21
 II. Die Problematik der gesetzlichen Regelung faktischer Konzernverhältnisse	 23
1. Abhängigkeitsbericht und Nachteilsausgleich (Aktien-	

	Seite
recht)	24
a) Die rechtliche Problematik	24
b) Die betriebswirtschaftliche Problematik	27
2. Faktische Konzernverhältnisse und GmbH-Recht	29
 III. Die steuerrechtliche Organschaft und das Mitbestimmungsgesetz als Anreizfaktoren zur Verwirklichung vertraglicher Konzernverhältnisse	 32
1. Die steuerrechtliche Organschaft	32
2. Das Mitbestimmungsgesetz von 1976	34
 IV. Der Vertragskonzern nach gegenwärtigem Recht; Analyse und Kritik der aktienrechtlichen Bestimmungen	 37
1. Allgemeine Kennzeichnung der gesellschaftsrechtlichen Ordnung im Vertragskonzern	39
2. Sonderprobleme	42
a) Isolierte Beherrschungs- bzw. Gewinnabführungsverträge	42
b) Zur Anwendbarkeit des Unternehmensvertragsrechts auf die GmbH	43
(1.) Die Zustimmung zum Vertrag und der Schutz der Minderheitsgesellschafter	44
(2.) Dauer und Beendigung des Vertrages	45
(3.) Schutz der abhängigen Gesellschaft und ihrer Gläubiger	45
(4.) Fazit	46
3. Die Vorschriften zum Schutz der Gläubiger der abhängigen Gesellschaft	47
a) Die Verlustausgleichspflicht (§ 302 AktG) als Gläubigerschutz?	47
b) Der Schutz aus § 303 AktG	50
4. Der Anspruch auf angemessenen Ausgleich bzw. angemessene Abfindung und die Position der Minderheitsseigner bei Vertragsabschluß	52
a) Die Problematik verkäufer-(minderheiten-)feindlicher Unternehmensbewertung	52
b) Der Zustimmungsbeschluß gem. § 293 I AktG	54

	Seite
c) Das Verfahren gem. § 306 AktG	58
5. Die Position der Minderheitseigner bei Bestehen eines Unternehmensvertrages im Spannungsfeld zwischen rechtlicher Vielheit und wirtschaftlicher Einheit	58
a) Teils unmittelbare, teils mittelbare Ansprüche der Minderheitseigner gegen das herrschende Unternehmen	58
b) Irrelevanz des bilanziellen Ergebnisses der Gesellschaft für die Höhe der Ausgleichsleistungen	59
c) Bedingter Informationswert des Einzelabschlusses einer vertraglich abhängigen Gesellschaft	60
6. Die Vorschriften zum Schutz der Minderheitseigner gegen bzw. bei Beendigung des Unternehmensvertrages	61
a) Kündigung und Aufhebung des Unternehmensvertrages	61
(1.) Ordentliche Kündigung und Aufhebung	61
(2.) Kündigung aus wichtigem Grund	63
b) Andere Beendigungsmöglichkeiten	65
(1.) Konkurs der abhängigen Gesellschaft	66
(2.) Verschmelzung oder Eingliederung	68
c) Die Vorschriften zur Erhaltung der Gesellschaft als Schutz bei Beendigung des Unternehmensvertrages?	69
(1.) Die Auflösung stiller Reserven und der Schutz der Gesellschaft durch ihren Vorstand (§ 310 AktG in Verb. mit § 308 II AktG)	70
(2.) Zur Frage der Nachteilhaftigkeit einer Weisung bei Beendigung des Unternehmensvertrages	72
(3.) Eingeständnis des Gesetzgebers, daß nur ein Formalschutz der Gesellschaft möglich ist	74
7. Die aktienrechtliche Eingliederung als Sonderfall des Vertragskonzerns	75
V. Zwischenergebnis zur Minderheitenproblematik	77

C. Die Mehrheitenproblematik im Konzern

I. Die Bedeutung der Rechtsform und der Eignerstruktur der Obergesellschaft für das Ausmaß der Funktionseinbußen der regulären Ordnung	81
1. Die gesetzliche Mindestkompetenz der Eigner	81
a) bei der AG	81
b) bei der GmbH	83
2. Die Abgrenzung der konfligierenden Parteien und ihre potentiellen Interessenlagen	87
a) bei kapitalistischer Eignerstruktur	87
(1.) Die Interessen der Verwaltung	89
(2.) Die Interessen der Eigner	91
(3.) Die Interessen der Gläubiger	94
b) bei personalistischer Eignerstruktur	95
II. Funktionseinbußen im Bereich der Gewinnermittlung	97
1. Abgrenzung von gewinnverändernden und gewinnverlagernden Transaktionen	100
2. Arten gewinnverändernder Transaktionen	101
3. Der Einfluß steuerlicher Vorschriften auf die Durchführung konzerninterner Transaktionen	111
a) Hemmende Wirkung steuerlicher Vorschriften	111
b) Anreizwirkungen aufgrund steuerlicher Gewinnminderungen	112
4. Unterschiede in der Rechtsform von Ober- und Untergesellschaft; der Fall: Obergesellschaft ist AG, Tochtergesellschaft ist GmbH	115
5. Einbuße sonstiger Eignerrechte im Bereich der Gewinnermittlung	118
a) Einbuße von Hauptversammlungsrechten	118
b) Einbuße von Aufsichtsratsrechten	119
c) Einbuße von Rechten der Eigner einer GmbH	121
III. Funktionseinbußen im Bereich konzernbezogener Gewinnverwendung	122
1. Faktische Kompetenzausweitung für die Verwaltung	

	Seite
der Obergesellschaft	122
2. Steuerliche Regelungen, die der Kompetenzausweitung des Vorstands entgegenwirken könnten: Die Beschränkung der Bildung freier Rücklagen bei Bestehen einer körperschaftsteuerrechtlichen Organschaft	124
 IV. Konzernspezifische Regelungen bzw. Rechtsauffassungen mit dem Zweck der Beseitigung der Funktionseinbußen	 127
1. Möglichkeiten bilanzrechtlicher Kontrolle von Auswirkungen konzerninterner Transaktionen	127
a) Der Einfluß des Niederstwertprinzips auf den Manipulationsspielraum	128
b) Zur Trennung von sog. sachverhaltsgestaltenden Transaktionen und Transaktionen im Rahmen der 'üblichen' Grundgeschäftspolitik	128
2. Der Einfluß von Konzernabschlußinformationen auf die Durchführung konzerninterner Transaktionen	135
a) Mögliche Kontrollwirkungen von Konzernabschlußinformationen	136
b) Die Eignung von Gewinnziffern des Konzernabschlusses als Kontrollinformationen	137
(1.) Der Jahresüberschußvergleich	137
(2.) Der Vergleich der Bilanzgewinne	141
3. Konzernspezifische Informationsrechte der Eignervertretungen der Obergesellschaft	144
a) Das Auskunftsrecht des Aktionärs in der Hauptversammlung (§ 131 AktG)	144
(1.) Grundsätzliches	144
(2.) Das Auskunftsrecht als mögliches Vehikel zur Beeinflussung von Hauptversammlungsentscheidungen?	146
b) Das Recht des Aufsichtsrats auf Berichterstattung durch den Vorstand (§ 90 III AktG)	148
 V. Zwischenergebnis zur Mehrheitenproblematik	 149

	Seite
D. Vorschlag einer integrierten Lösung der Minderheiten- und Mehrheitenproblematik im Konzern	151
I. Grundsätzliche Überlegungen	151
II. Voraussetzungen zur Verwirklichung des Lösungskonzepts	155
1. Die nicht gegebene Notwendigkeit der Erstellung von Einzelabschlüssen	156
a) Aus der Sicht der Gläubiger der abhängigen Gesellschaft	156
(1.) Gegenwärtige Rechtslage	156
(2.) Vorschlag zu einer effizienteren und trotzdem konzernspezifischen Regelung der Haftungsverhältnisse	157
b) Aus der Sicht der außenstehenden Eigner	160
(1.) Gegenwärtige Rechtslage	161
(2.) Vorschlag zu einer eindeutigen Regelung der Anspruchsverhältnisse	163
2. Das Unternehmensvertragsrecht als automatische Rechtsfolge bei Stimmenmehrheit einer Obergesellschaft	164
a) Problemstellung	164
b) Das Kriterium der Stimmenmehrheit	166
c) Mögliche Fehlklassifikationen	168
d) Flankierende Kriterien des Art.117.EGR	170
e) Die Beendigung der Konzernbeziehung	173
f) Der Wegfall des Zustimmungsrechts der Aktionäre der Obergesellschaft zum Unternehmensvertrag (§ 293 II AktG)	173
III. Vorschläge zu einer Verbesserung der Position außenstehender Eigner	175
1. Vorschlag zu einer Verbesserung der Position außenstehender Eigner bei Vertragsende (gegenwärtiges Recht) bzw. bei Beendigung der Konzernbeziehung (Lösungskonzept)	175
a) Abfindung als einzige, zwingende Schutzalternative?	176

	Seite
b) Entschädigung bei Beendigung der Konzernbeziehung	177
2. Alternative Vorgehensweise bei der Ermittlung und Vereinbarung von Ausgleich und Abfindung	178
 IV. Zentrale bilanzielle Ausprägungen des Lösungsvorschlags	 181
1. Konzerngrenze ist Realisationsgrenze und originäre Erfassung der Geschäftsvorfälle auf Konzernebene	181
2. Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften	183
a) Anzuwendende Vorschriften	183
b) Einheitliche Bilanzierung und Bewertung	183
c) Verbesserung der Informationsvermittlung durch einheitliche Erläuterung der aus Konzernsicht maßgeblichen Wertansätze	184
3. Bilanzierung von Schuldverhältnissen	185
4. Ausweis der Minderheitenanteile in der Konzernhandelsbilanz	186
5. Probleme bei der Bildung und Auflösung der Bilanzierungseinheit	188
a) Die Beseitigung von Aufrechnungsdifferenzen bei internen Schuldverhältnissen	188
b) Die Beseitigung von Aufrechnungsdifferenzen bei internen Beteiligungsverhältnissen	189
c) Änderungen des Anteilsbesitzes an den Untergesellschaften während der Konzernzugehörigkeit ohne Verlust der Stimmenmehrheit seitens der Obergesellschaft	192
d) Partielle Auflösung der Bilanzierungseinheit	194
6. Segmentinformationen	197
 E. Zusammenfassung	 200
 Literaturverzeichnis	 206